



Aktenzeichen: AfD

Datum:30.08.2024

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

**Einschränkungen Sprechzeiten bei der Verwaltung
hier: Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion**

Einschränkungen Sprechzeiten bei der Verwaltung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Meyer,

sehr geehrte Damen und Herren,

die AfD-Fraktion im Stadtrat Frankenthal bitte um Aufklärung durch den Stadtvorstand hinsichtlich der wiederholten Einschränkungen bei wesentlichen Dienstleistungen im Sozialbereich, wie der Wohngeldstelle, der Grundsicherung und dem Standesamt.

Laut Rheinpfalz-Artikel vom 6.8.2024 (https://www.rheinpfalz.de/lokal/frankenthal_artikel,-nur-mit-termin-besuch-bei-standesamt-und-wohngeldstelle-arid,5678656.html) ist dies alleine im Jahr 2024 schon zum wiederholten Male der Fall. Als Grund werden Langzeiterkrankungen und Urlaubszeit genannt.

Langzeiterkrankungen sind bedauerlicherweise Teil des Arbeitsalltags, jedoch stellt sich für uns die Frage, inwiefern dies bei der Personalplanung berücksichtigt wird. Diese Umstände sind nicht plötzlich, sondern in vielen Fällen absehbar. Ebenso ist die Urlaubszeit eine jährlich wiederkehrende Herausforderung, die frühzeitig in die Personalplanung einbezogen werden kann und sollte.

Vor diesem Hintergrund möchten wir von der Verwaltung wissen:

1. **Welche konkreten Maßnahmen wurden bisher ergriffen, um die personellen Engpässe in den genannten Bereichen zu kompensieren?**
2. **Welche Strategien und Konzepte existieren, um solche wiederholten Einschränkungen in Zukunft zu vermeiden?**
3. **Wie plant die Stadtverwaltung, die Dienstleistungsqualität trotz Personalausfällen, sei es durch Krankheit oder Urlaub, dauerhaft sicherzustellen?**

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

4. Gibt es Überlegungen zur temporären Einstellung von zusätzlichem Personal oder zur Umstrukturierung innerhalb der Verwaltung, um in solchen Fällen flexibler reagieren zu können?

Es ist von größter Wichtigkeit, daß die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf eine zuverlässige und kontinuierliche Dienstleistungserbringung vertrauen können, insbesondere in so sensiblen Bereichen wie der Grundsicherung und der Wohngeldstelle.

Wir bitten um eine zeitnahe Antwort und danken Ihnen im Voraus für Ihre Bemühungen.

Im Namen der AfD-Fraktion

